

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbr d

## Inhalt

Eckard Kuhlwein MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, berichtet über die breite Unterstützung für die verfaßte Studentenschaft: Studentenverbände einig. Seite 1

Wolfgang Clement unterstreicht, daß die Bekundungen der Opposition mehrheitlich unseriös sind: Kein Grund für Neuwahlen. Seite 2

Klaus von Dohnanyi schildert die aktuelle Lage in Hamburg: Wo ich stehe, und was ich will. Seite 3

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Der Sommer hat keinerlei Entlastung gebracht. Seite 7

37. Jahrgang / 167

3. September 1982

### Studentenverbände einig

Verfaßte Studentenschaft erhält breite Unterstützung

Von Eckard Kuhlwein MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft

Es gibt sie wieder: Eine geschlossene Interessenvertretung der Studentenverbände. Bei der Anhörung im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zur geplanten Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) am 2. September in Bonn sprachen sich alle in einer Einmütigkeit, die man in dieser Form seit langem nicht mehr erlebt hat, für die Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg aus; der RCDS wie der MSB-Spartakus, der SLH wie der SHB, der LHV wie die Juso-Hochschulgruppen, die Basisgruppen wie die GEW. Und natürlich die Vereinigten Deutschen Studentenschaften.

Zur Frage der bundesweiten Einführung der verfaßten Studentenschaft hat sich zudem die Westdeutsche Rektorenkonferenz schon in der Vergangenheit mehrfach positiv geäußert. Auch wenn sich die WRK noch nicht abschließend mit der geplanten HRG-Novelle beschäftigt hat, so können die Studenten auch von dieser Seite mit Schützenhilfe rechnen. Das gleiche wurde bei der Anhörung für die Fachhochschul-Rektorenkonferenz bestätigt.

Es hat sich auch gezeigt, daß die Erfahrungen nach der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg für deren Wiedereinführung sprechen. Nicht einmal die politische (parteiliche?) Befriedung der Hochschulen ist erreicht worden.

Im Gegenteil: Das Desinteresse der Studenten an freiwilligen Vertretungen wurde unter anderem daraus deutlich, daß die studentischen Wahlbeteiligungen zum großen Teil vernichtend gering sind. Von 24 Hochschulen, die nach der WRK-Statistik im Sommersemester 1982 eine Wahlbeteiligung unter 20 Prozent aufwiesen, lagen 15 in Bayern und Baden-Württemberg.



Die Hochschulen, die eine Wahlbeteiligung unter zehn Prozent hatten, lagen bis auf eine Ausnahme alle in Bayern und Baden-Württemberg.

Noch schlimmer sieht es offenbar aus der Sicht der betroffenen Studenten aus. Was die Studentenvertreter aus einigen Hochschulen Bayerns und Baden-Württembergs, die in Begleitung der Bundesverbände zur Anhörung erschienen waren, über ihre Erfahrungen "vor Ort" berichteten, scheint eher in die Rumpelkammer vordemokratischer Zeiten zu gehören. Es wurde berichtet über Schikanen, Gängelungen, Verbote, Zensur, Briefkontrolle und ähnliches.

Ein eindeutiges Votum für eine Verankerung der verfaßten Studentenschaft als Muß-Vorschrift im HRG gab auch der RCDS ab. Er stellte damit klar, daß er sich in dieser Frage weiterhin an dem Beschluß seiner letzten Bundesdelegiertenversammlung in München und einem entsprechenden CDU-Bundesparteitags-Beschluß vom November 1981 orientieren will. Man kann gespannt sein, wie sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die unionsgeführten Landesregierungen dazu stellen werden.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat bei der Anhörung eine Reihe von Anregungen zu weitergehenden Forderungen an die HRG-Novelle, wie etwa zur Finanzhoheit, Satzungsautonomie, Beitragshoheit, Pflichtmitgliedschaft, aufgeschlossen entgegengenommen. Die Vertreter des Ministeriums mußten die Studentenverbände jedoch in der Frage des allgemeinpolitischen Mandats auf die bestehende Rechtslage hinweisen. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung würde die Einführung eines allgemeinpolitischen Mandats für eine Zwangskörperschaft eine Verfassungsänderung voraussetzen. Eine solche Regelung, so wünschenswert sie einigen Studentenverbänden auch sein mag, kann also im Rahmen einer HRG-Novelle nicht realisiert werden. Diese Regelung zwingt aber keineswegs zu einer kleinlichen Beschneidung des Betätigungsspielraums für die Studentenvertretungen.

Dies bedeutet zum Beispiel, daß sich eine Studentenvertretung durchaus mit der Finanzpolitik des Staates beschäftigen kann. Eine AstA kann die Sorge der Studenten äußern, daß etwa die Bildungsausgaben, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung einschließlich der Mittel für ihre soziale Sicherung - Stichwort BAFÖG - zurücktreten müssen gegenüber anderen Ausgaben, einschließlich der für die Verteidigungspolitik.

Die Alternative, eine Studentenvertretung mit allgemeinpolitischem Mandat, dafür aber mit Austrittsmöglichkeit ("Kirchenmodell"), wurde von sämtlichen Studentenverbänden abgelehnt. Die Anhörung hat gezeigt, daß ein konstruktiver Dialog möglich ist. Sie hat damit die Politik der Offenheit des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft gegenüber den Studentenverbänden bestätigt.

Bleibt anzumerken, daß die Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg die Landeshaushalte, aus dem die örtlichen Vertretungen zur Zeit finanziert werden müssen, entlasten würde. Wenn die Studentenschaft wieder selbst Beiträge erheben darf, würde allein das Land Baden-Württemberg drei Millionen DM jährlich einsparen können.

(-/3.9.1982/bqy/ca)

+ + +



**Kein Grund für Neuwahlen**  
-----

Die Bekundungen der Opposition sind mehrheitlich unseriös

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Über Neuwahlen nachzudenken, besteht für die SPD kein Grund. Sie hat einen Bundeskanzler, der vom Vertrauen der Wähler getragen ist, was ihm der Deutsche Bundestag noch zu Anfang dieses Jahres in der einstimmigen Vertrauenserklärung von SPD und FDP bestätigte. Der Bundeskanzler tut seine Pflicht, die Sozialdemokraten unterstützen ihn ohne Wenn und Aber.

Wer sich aus dieser Vertrauensabstimmung für Helmut Schmidt lösen will, muß dies klar und deutlich sagen. Fadenscheinige Schuldzuweisungsversuche mit der exotischen Stereotype von einer angeblichen "Ablehnungsfront" in der SPD oder nach der Art, wie sie der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Cronenberg soeben unternahm, helfen nicht. Die SPD denkt nicht daran, die Grundlage der gemeinsamen Politik der Bundesregierung, die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die Vereinbarungen von SPD und FDP, "aufzukündigen", wie Herr Cronenberg ohne jede Begründung behauptete.

Damit das klar ist: Die SPD braucht Neuwahlen nicht zu scheuen, erst recht nicht beim Ansehen ihres Bundeskanzlers. Aber dieses Verfassungsinstrument ist kein Spielmaterial, wie ein Blick ins Grundgesetz schnell lehrt.

Deshalb sind die öffentlichen Neuwahl-Bekundungen der Opposition auch mehrheitlich unseriös. Man nehme nur die "Wende" des Herrn Strauß, der sich am Montag einschränkungslos für Neuwahlen aussprach und am heutigen Freitag verbreiten ließ, diese seien ihm nur "lieber" als ein anderer Weg zur Macht.

Der mutmaßliche Hintergrund (nach Strauß' Wanderung mit dem CDU-Vorsitzenden): Helmut Kohls Interesse an Neuwahlen ist in Wahrheit alles andere als ausgeprägt, zumal er für den von ihm ersehnten Wechsel die Stimmen der Freien Demokraten brauchte, von denen er annimmt, daß sie im Ernstfall einen Gang zu den Wahlurnen zum jetzigen Zeitpunkt scheuen würden.

Im übrigen wissen Kohl wie Strauß aus langer Erfahrung, daß jede konkrete Neuwahl-Aussicht in den Reihen der Union den Kandidatenstreit sofort offen aufbrechen lassen würde. Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht und Richard von Weizsäcker warten nur auf den je für sie günstigsten Zeitpunkt. Für Strauß hingegen ist Kohl der genehmste Mann.

Das ist auch der tiefere Grund für den Konflikt von Strauß und Kohl mit Heiner Geißler: Der CDU-Generalsekretär, der aus seiner Aversion gegen seinen Vorsitzenden wie gegen eine von Graf Lambsdorff geprägte FDP nie ein Hehl gemacht hat, spielt im Sinne der sonstigen Kandidatenanwärter der Union auf Zeit, von der Helmut Kohl weiß, daß sie ihm seine Zweifler in den eigenen Reihen nicht lassen werden. (-/3.9.1982/hi/ca)

+ + +



Wo ich stehe, und was ich will

Hamburg braucht in den nächsten Jahre eine besondere Solidarität

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Vor gut einem Jahr wurde ich zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Heute, nach einer Wahl, die niemand gewonnen und die der SPD große Verluste gebracht hat, gehen wir durch eine schwierige Zeit. Ich höre viele Zweifler, Zweifel an der Zukunft der Wirtschaft, Zweifel an den Parteien. Auch Zweifel an mir selbst. Bürger fragen: Hat der Bürgermeister vor den Wahlen gesagt, was er nach den Wahlen tut? Ist unser Bürgermeister aufrichtig?

Der Zweifel an der Handlungsfähigkeit unserer Demokratie macht mich besorgt. Der Zweifel an meiner eigenen Aufrichtigkeit macht mich nachdenklich. Ich freue mich deswegen, an dieser Stelle zu sagen, wo ich stehe, und was ich will.

Wie kam es zu der heutigen Lage?

Wir haben uns redlich Mühe gegeben, unsere Stadt gut zu regieren. Wir hatten weit über Hamburg hinaus beachtete Erfolge. Ich erinnere an den Abendblatt-Artikel eines langjährigen Auslandskorrespondenten: "Hamburg, wie toll hast du dich verändert." Sicher gab es auch Fehler. Die CDU hat sich bemüht, aus der Opposition andere Vorschläge zu machen. Und doch kam eine Protestbewegung ins Parlament und verdrängte die FDP.

Man sagt uns, wir hätten viel versäumt. Das sei der Grund warum es die Grünen überhaupt gibt. Die GAL-Wähler meinten wohl, daß die bisher im Parlament vertretenen Parteien über der Arbeit an den heutigen Sorgen die Aufgabe der Zukunft vernachlässigen.

Niemand bestreitet, daß in den vergangenen Jahrzehnten zuviel Natur zerstört wurde. Die Lebensgrundlagen des Menschen sind in Gefahr. Reinhaltung der Luft und Reinigung von Elbe und Alster sind lebensnotwendig.

Niemand bestreitet weiter, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt auch unsere Stadt tiefgreifend verändert hat. Die Hamburger Politik der letzten Jahre hat dies begriffen. Stadtentwicklung, Instandsetzung von Altbauwohnungen, Erhaltung des städtischen Grüns sind heute vorrangiges Ziel. Und trotzdem ging vielen Hamburgern ihre vertraute Nachbarschaft verloren.

Wir alle haben versucht, die Folgen der weltwirtschaftlichen Krise zu bekämpfen und für Hamburg abzuwenden. Und doch haben wir heute eine hohe Arbeitslosigkeit. Viele Jugendliche wissen nicht, ob sie einen Ausbildungsplatz und nach dem Ausbildungsplatz einen Arbeitsplatz finden werden.

Aus diesem Widerspruch zwischen dem, was für morgen eigentlich notwendig wäre und dem, was heute getan wird, zieht die Bewegung der Grünen ihre Kraft.

Möglichkeit von Zusammenarbeit

Schon vor der Wahl habe ich mit Herrn Kiep darüber gesprochen, daß der Senat nur dann zurücktreten werde, wenn sich ein neuer Senat bilden kann. Diese Stadt braucht einen handlungsfähigen Senat.

Herr Kiep und ich haben auch damals über die GAL gesprochen. Und ich wiederhole, was ich vor der Wahl gesagt habe: Für den Fall, daß ein anderer Senat nicht gewählt werden kann, werden wir als Minderheitssenat mit allen gewählten Fraktionen über Möglichkeiten parlamentarischer Zusammenarbeit sprechen, auch mit der GAL. Es wird also, wie vor der Wahl gesagt, keine Koalition mit der GAL geben. Ich wiederhole auch wie vor der Wahl: Die vor der Wahl gestellten Bedingungen der GAL für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit dem SPD-Minderheitssenat können so nicht akzeptiert werden. Im Falle der Hausbesetzung ist das inzwischen allen klargeworden.

Die Sozialdemokraten haben zunächst mit der CDU gesprochen. Alle Parteien hatten vor der Wahl gesagt, daß eine Große Koalition nicht in Frage kommt. Denn wir haben keinen nationalen und keinen Hamburger Notstand. Die Unterschiede zwischen SPD und CDU in den Auf-

fassungen über die Lösung der Probleme sind so wesentlich, daß (wie 1966) alle wichtigen Probleme nur ausgeklammert würden. Zu anderen Formen der Zusammenarbeit mit einem SPD-Ministerheitssenat ist die CDU nicht bereit. Ich meine: Zum Wohle der Stadt müssen alle Parteien bereit bleiben, miteinander auch im Parlament zu kooperieren.

Jetzt reden wir mit der GAL. Es muß der Versuch gemacht werden, mit dem Wahlergebnis zu regieren. Ich bitte alle Bürger, mir zu glauben: Ich klebe wirklich nicht an meinem Stuhl. Ich würde selbstverständlich Platz machen für eine andere Regierung - wenn sie gewählt wird. Allerdings keinen Bürgersinat als versteckte Große Koalition. Aber es wäre gefährlich für unsere Demokratie, wenn wir ein klares Wahlergebnis einfach verwerfen, nur weil es uns nicht paßt.

#### Fortführung sozialdemokratischer Politik

Macht das Wahlergebnis eine Weiterführung sozialdemokratischer Politik möglich? Angesichts der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung sollte dies so sein. Denn im Vordergrund unserer politischen Aufgaben für Hamburg stehen zwei Schwerpunkte: Arbeitsplätze und Umweltschutz.

Ich bin dafür, daß wir in der Hamburger Bürgerschaft endlich sachlicher über die Probleme der Wirtschaft debattieren. Die Schuld an der Arbeitslosigkeit der Bundesregierung oder dem Senat zuzuschreiben, ist Unsinn. Wir alle wissen doch, dies sind keine Hamburger und keine deutschen Probleme: Es sind Probleme aller Industrienationen.

Mit immer weniger Menschen wird immer mehr produziert; der internationale Wettbewerb verschärft sich; neue Länder treten als Konkurrenten auf; für die gesamte Produktion gibt es nicht genug Kaufkraft; viele Märkte sind gesättigt; daher entstehen Überkapazitäten; das verschärft den Wettbewerb der Betriebe, Menschen werden entlassen, Firmen scheiden aus.

Sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Unternehmen. Aber ein Unternehmen investiert nicht, wenn es der Markt nicht hergibt. Wir haben schon hohe Exportüberschüsse. Andere Staaten lassen sich ihre Arbeitsplätze von uns auf die Dauer nicht wegexportieren.

Dies sind die wahren Hintergründe. Deswegen gibt es Arbeitslosigkeit. Deswegen können wir auch die Krise nicht mit der Rückkehr zur Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard bewältigen. Präsident Reagans und Ministerpräsidentin Thatchers Wirtschaftspolitik und ihre negativen Folgen sind offenkundig.

#### Weg aus der Krise

Wir haben neue Probleme. Und für diese brauchen wir eine neue Politik. Wir müssen unsere Arbeitszeit an die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anpassen.

Der Staat kann die Arbeitsmarktprobleme nicht allein lösen. Die Wirtschaft muß die Marktchancen nutzen und ausreichend investieren für neue Arbeitsplätze. Die Wirtschaft muß aber auch die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter so anpassen, daß wir die Arbeitslosigkeit verringern können. Ich bin der Auffassung, daß wir dies auch im öffentlichen Dienst machen müssen. Allerdings sage ich zugleich: Es wird weder in der privaten Wirtschaft noch beim Staat mit vollem Lohnausgleich möglich sein. Die Lohnzuwächse werden geringer sein müssen, wenn die Arbeitszeitverkürzungen zunehmen.

Mein Weg aus der Krise des Arbeitsmarktes nimmt den Staat nicht aus der Verantwortung. Ich weiß, daß wir in Zeiten wachsender Staatsverschuldung sparen müssen. Und Hamburg tut das auch. Unsere Verschuldung ist in den vergangenen Jahren deutlich langsamer gewachsen als die anderer Bundesländer und des Bundes. Ich bin aber dagegen, 1983 neue Arbeitsplätze beim Staat zu streichen. Ich will Personalkosten, aber nicht (wie die CDU) Arbeitsplätze streichen. Wir alle schulden dem oft gescholtenen öffentlichen Dienst Dank für seine Leistungen. Aber warum zum Beispiel müssen alle Einkommensgruppen heute beim Staat Essensgeldzuschüsse bekommen? Solche Probleme müssen wir lösen. Auch bei den Mieten müssen wir fragen, ob Bezieher hoher Einkommen in billigen Sozialwohnungen richtig untergebracht sind.

Wir müssen unsere Investitionen in der Stadt ebenfalls weiter steigern. Wir tun es. Ich will, daß wir in Hamburg Umweltschutz und Arbeitsmarktpolitik miteinander verbinden. Ich möchte, daß wir in Hamburg den Umweltschutz noch stärker vorantreiben als bisher. Aber ich will, daß die Betriebe wettbewerbsfähig bleiben. Mehr Umweltschutz wird daher auch die Kasse der Stadt, und das heißt, den Bürger belasten.

Wir können bei unseren Investitionen Fehlentwicklungen vermeiden. Das Überflüssige Einreißen von Häusern, sinnloses Schlagen von Straßenschneisen, wo auch andere Verkehrswege möglich wären: Das alles darf es und wird es nicht mehr geben.

Ich möchte, daß Hamburg seine geschichtliche Schönheit weiter entfaltet oder auch wiederfindet. Dann muß aber auch jeder Hamburger wissen, daß allein die Erhaltung der Fischauktionshalle sechs Millionen Mark kostet. Und der Staat kann dies nur über die Steuern der Bürger bezahlen.

Wir können die Probleme der Arbeitslosigkeit auch lindern und zugleich die Leistungen der Stadt verbessern. Es ist doch nicht einzusehen, daß die Stadt immer weniger Geld hat, um wichtige Leistungen für die Bürger zu erbringen, und gleichzeitig mehr Menschen dafür bezahlt werden, daß sie nichts zu arbeiten haben. Menschen ohne Arbeit leiden nicht nur unter geringerem Einkommen: Sie leiden ja auch darunter, daß sie oft ihren Kontakt mit der Gesellschaft verlieren.

Aus diesem Grunde hat sich der Senat entschlossen, viel mehr Mittel für solche Programme zur Verfügung zu stellen. Arbeitslosen und Sozialhilfempfängern, soweit sie arbeiten können, sollen entsprechende Aufgaben gestellt werden. Dieses Problem muß und wird sich lösen lassen.

Wir haben in Hamburg Sorgen um die beruflichen Ausbildungsplätze, obwohl die Stadt wohl hier mehr getan hat als jedes andere Bundesland und jede andere Großstadt. Aber es bleibt für mich undenkbar, daß wir wegen schlechter Konjunktur Teilen einer ganzen Generation die Lebenschancen abschneiden.

Berufliche Ausbildung ist in erster Linie die Verantwortung der Wirtschaft. Wir arbeiten eng mit der Wirtschaft zusammen. Aber wenn sich im Herbst dieses Jahres herausstellt, daß immer noch Ausbildungsplätze fehlen, müssen diese notfalls mit Finanzen der Stadt geschaffen werden. Wieder das Geld des Hamburger Bürgers.

Auf uns kommen also neue Aufgaben zu. Und zwar in einer Zeit, in der die Einnahmen der Stadt nicht entsprechend zunehmen. Neue Aufgaben bringen neue Lasten.

Zinsen treiben gleichzeitig Baukosten und Mieten. Energiekosten treiben Fahrtkosten. Mehr Umweltschutz treibt die Abwassergebühren und so weiter. Die Lebenshaltung wird teurer.

Es geht nach meiner Überzeugung nicht an, daß der kleine Mann hart zahlt, aber die Besserverdienenden von diesen Lasten nicht soviel spüren.

Ich will deswegen, daß die neuen Belastungen gerechter verteilt werden. Ich will, daß hohe Einkommen (zum Beispiel ich selbst) mehr Steuern zahlen (Ergänzungsabgabe, Spitzensteuersätze). Ich möchte aber auch ausdrücklich betonen, daß Gewinne, die in den Unternehmen für Investitionen stehenbleiben, steuerlich begünstigt werden.

Unter diesen Umständen scheint mir eine Angleichung der Hamburger Gewerbesteuer an die Hebesätze anderer Großstädte unvermeidlich. Ich bedaure, daß dies für die Wirtschaft eine Belastung ist. Aber ich sehe für die Stadt keine andere Wahl.

Im Übrigen müssen wir uns noch stärker um Fehlentwicklungen von Steuer- und Sozialgesetzen und auch um Mißbrauch von Leistungen (Steuerhinterziehungen, falsche Angaben gegenüber sozialen Leistungsträgern) kümmern. Ich will, daß der Starke dem Schwachen hilft. Aber ich will auch, daß der Stärkere dabei nicht ausgenutzt wird. Hamburg braucht in den nächsten Jahren eine besondere Solidarität. Hamburgs Geschichte spricht dafür, daß es diese Solidarität geben wird.

#### Perspektiven für die Zukunft

Wenn ich die Aufgaben der Stadt betrachte: Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Umweltschutz, Ausländer, Stadtentwicklung, öffentliche Sicherheit in liberaler Handhabung und so weiter, dann meine ich im Übrigen, daß die SPD den besseren Weg aufzuweisen hat. Wir glauben nicht, daß die Wirtschaft ohne einen starken Staat mit der Krise fertig werden wird. Wir glauben nicht, daß es ausreichend Ausbildungsplätze geben wird allein durch die Wirtschaft. Wir glauben nicht, daß man den Umweltschutz nachrangig hinter Wirtschaftsinteressen stellen darf, wie dies die CDU immer wieder tut. Politik muß beide Probleme lösen: Arbeitsplätze und Umweltschutz.



Ich will dort, wo ich zu entscheiden habe, sachverständig entscheiden. Dazu brauche ich die Unterstützung, Lebenserfahrung und den Sachverstand der Hamburger. Das gilt für Handwerk und Gewerbe ebenso wie für Arbeiter und Polizisten, für Betriebsräte, Mieter, Lehrer und Rentner. Das gilt auch für die Umweltschützer und Bürgerinitiativen. Sie alle wissen mehr von ihren Problemen als wir. Ich will deswegen die Bürger noch stärker einbeziehen in unsere politische Arbeit, ebenso wie Kammern und Gewerkschaften.

Ich meine, wir können unsere Politik mit gutem Gewissen fortführen. Dies wird nur möglich sein, wenn Recht und Gesetz von allen eingehalten werden. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir Parlament und Gesetz wie unseren Augapfel hüten. Sonst wird die Reformfähigkeit der Demokratie selbst in Frage gestellt. Deswegen schwächen wir in diesen Zeiten weder Gerichte noch Polizei.

Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor der Meinung Andersdenkender. Wer Demokrat ist, ist mein Nachbar. Ich halte nichts von der persönlichen Diffamierung in der Politik. Wir hören auf, Demokraten zu sein, wo die Taktik der Besudelung die Kraft des Argumentes ersetzen soll.

Ich stimme mit der CDU in vielen Grundsatzfragen nicht überein. Aber die CDU ist nicht mein Feind. Ich lehne auch jede pauschale Verurteilung der Grünen als Faschisten oder Kommunisten ab.

Das Wort Politik wird von vielen abwertend gebraucht. Ich halte das für ungerecht. Denn ich habe Politik schon in meiner Kindheit anders erlebt. Für mich ist Politik eine engagierte und ehrenvolle Arbeit.

Regierungsfähigkeit für eine Politik mit sozialdemokratischem Inhalt: Das ist meine Verantwortung. Und ich verspreche den Hamburgern, daß wir Verantwortung auch als Minderheitssenat nur so lange tragen können und werden, wie diese beiden Voraussetzungen gegeben sind. Wenn nicht, dann sind auch Neuwahlen ins Auge zu fassen.

Ich bin Sozialdemokrat, und ich will Hamburg in dieser Tradition regieren.  
(-/3.9.1982/vo-he/ca)

+ + +



**Arbeitsmarkt weiter verschlechtert****Der Sommer hat keinerlei Entlastung gebracht**

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Aus Nürnberg sind noch schlechtere Daten gekommen. Die Arbeitsmarktlage ist noch kritischer geworden. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich jetzt auf fast 1,8 Millionen, die Quote beträgt 7,4 Prozent, die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist weiter geschrumpft. Nur die Zahl der Kurzarbeiter hat sich kaum verändert, aber das ist kein konjunkturelles Signal, sondern lediglich der Reflex auf den traditionellen Urlaubsmonat. Während im Vormonat die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen nur geringfügig anstieg und man deshalb die Hoffnung haben konnte, daß die Trendwende bald erreicht sein könnte, hat sich der Trend jetzt wieder verstärkt. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen beläuft sich jetzt auf über 1,9 Millionen.

Wie schlecht die konjunkturelle Lage sich darstellt, kann daran gemessen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen aus dem gewerblichen Bereich um drei Prozent gestiegen ist, insbesondere sind es jetzt fast 1,2 Millionen. Die Arbeitslosenquote für Männer beläuft sich jetzt auf 6,5 Prozent, die für Frauen auf 8,7 und die für ausländische Arbeitnehmer auf nicht weniger als 11,3 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ist nach den Schulentlasssterminen auf über 165.000 gestiegen. Nicht nur die Lage ist schlecht, die Aussichten sind mehr als bescheiden. Das Ifo-Institut hat soeben eine weitere Verschlechterung des Geschäftsklimas im verarbeitenden Gewerbe konstatiert.

Herbert Wehner hat in seiner Antwort auf Ernst Breit klargestellt: "Die gemeinsame Sorge von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gilt heute der hohen Arbeitslosigkeit. Auf die Bewältigung dieses Problems werden wir trotz der gegebenen Schwierigkeiten und gegen manche Widerstände alle unsere Kräfte konzentrieren und dazu muß auch der Bundeshaushalt 1983 seinen Beitrag leisten." Die SPD leistet das, was möglich ist. Andere haben andere Sorgen. Der kleine Koalitionspartner muß nachdrücklich gemahnt werden, nicht durch ständige Wackelei Unsicherheit zu verbreiten.

Bei dem bisherigen Kurs muß es bleiben. Mit der Operation '82 und der Gemeinschaftsinitiative sind für beschäftigungspolitische Maßnahmen nicht weniger als 40 Milliarden DM für die nächsten Jahre beschlossen worden. Der Haushalt 1983 bringt das zum Ausdruck. Zusätzlich sind beschäftigungsfördernde Maßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden DM im Haushalt vorgesehen.

SPD und Gewerkschaften dürfen sich in dieser schwierigen Situation nicht auseinanderdividieren lassen. Nur die SPD kann in der Regierungsverantwortung dafür sorgen, daß die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird und daß die Lasten durch Arbeitslosigkeit nicht einseitig verteilt werden. Die Konservativen jeglicher Schattierung haben nur die Sorge, den Sozialstaat zu diffamieren und laufend Versuche zu starten, die soziale Demontage durchzusetzen. Zur aktiven Beschäftigungspolitik - darin sind sich Gewerkschaften und SPD einig - gehören arbeitszeitverkürzende Maßnahmen. Anders kann die Schere zwischen dem schmalen Wirtschaftswachstum und der Produktivitätsentwicklung nicht geschlossen werden.

(-/3.9.1982/hf/ca)

+ + +

